

Vierter Vorstoss zu Einbürgerungen

Zwei Beschwerden und eine Motion liegen bereits vor, jetzt folgte ein vierter Vorstoss. Die Bundesversammlung soll das Bundesrecht zur Einbürgerungsfrage ändern, verlangt eine Motion der CVP- und FDP-Fraktionschefs.

Seit das Bundesgericht in Lausanne die Einbürgerungen an Urnenabstimmungen für ungerechtmässig erklärt hat und seit die Schwyzer Regierung diese Einbürgerungsverfahren an die offene Gemeindeversammlung delegiert hat, herrscht Aufruhr an der Schwyzer Bürgerrechtsfront. Bereits ist eine Stimmrechtsbeschwerde beim Bundesgericht und eine weitere Beschwerde beim Verwaltungsgericht deponiert worden. Weiter ist letzte Woche im Kantonsrat eine Motion als dringlich erklärt worden, welche den Kanton Schwyz auffordert, in Bern eine Verfassungsänderung zu verlangen. Und nun liegt der vierte Vorstoss vor.

Entscheide akzeptiert

Die beiden Arther Kantonsräte Stefan Aschwanden und Kuno Kennel, gleichzeitig Fraktionschefs der CVP und der FDP, gehen dabei aber subtiler vor. Sie betonen ausdrücklich, dass sie die Bundesgerichtsentscheide als verfassungskonform betrachten und respektieren. Ebenso habe der Regierungsrat beim Erlass von Verordnung und Weisungen dazu «seinen beschränkten rechtlichen Möglichkeiten entsprechend reagiert». Dies tönt ganz anders als etwa die SVP-Vorstösse, welche die Gemeinden sogar zu Ungehorsam gegenüber der regierungsrätlichen Verordnung aufgefordert haben.

Die beiden Motionäre verlangen ebenfalls eine Standesinitiative. Sie soll das Bundesparlament dazu auffordern, das Bundesrecht anzupassen. Und zwar in dem Sinne, dass die Erteilung des Bürgerrechts an im Ausland geborene Ausländerinnen und Ausländer ein politischer Akt bleiben soll und nicht gerichtlich erzwungen werden kann. Dabei sei aber die Autonomie der Kantone zu wahren, indem sie selber bestimmen können sollen, wer bei ihnen über Einbürgerungen entscheiden kann. Aschwanden und Kennel sind jedenfalls dagegen, dass künftig landesweit jede Gemeinde selber soll festlegen können, wer bei ihnen über Einbürgerungen entscheidet. Dies würde zu einem «Einbürgerungstourismus» führen. Über die Art des Verfahrens müsse allein der Kanton entscheiden.

Baut Einsiedeln ein Hallenbad?

Soll sich Einsiedeln an der Sanierung des Hallenbads Münster in Unteriberg beteiligen oder gleich selber eines bauen? Abklärungen dazu sind an beiden Standorten im Gange.

Das Hallenbad Münster in Unteriberg muss saniert werden. Auch steht fest, dass das gleichnamige Sporthotel als bisheriger Träger den defizitären Betrieb künftig nicht mehr alleine tragen will. In Unteriberg sind darum jetzt Abklärungen im Gange, welche die Sanierungskosten und die künftige Trägerschaft angehen. Vorsorglich ist auch den bisherigen Benutzern des Hallenbades in Unteriberg, also den beiden Gemeinden Unteriberg und Oberiberg sowie dem Bezirk Einsiedeln für deren Schulen und der SLRG Einsiedeln für das Schwimmtraining gekündigt worden.

Eine Sanierung und die künftige Nutzung der Anlage in Unteriberg setzt aber auch Beiträge aus Einsiedeln voraus. Dort allerdings sind neustens Pläne entstanden, ob nicht gleich im Zusammenhang mit dem geplanten Sportzentrum Eschbach auch ein Hallenbad realisiert werden könnte. Vor allem wären dabei Synergien mit der projektierten Eishalle nutzbar. Bis Oktober sollen auch Ergebnisse der Abklärungen vorliegen.

Kanton vermittelt Unterhosen

Merkwürdiger Versandhandel via Erziehungsdepartement

Bügeleisen, Sandalen, Unterhosen und Frottiertücher: Der Kanton Schwyz ist unter die Detailhändler gegangen. Das offizielle Schulblatt «schule + bildung» des Erziehungsdepartements hat einem Versandhandel grosszügig Gastrecht gegeben.

• VON JOSIAS CLAVADTSCHER

Fünfmal pro Jahr erscheint das Schwyzer Schulblatt. Es trägt den Titel «schule + bildung», ist das offizielle Mitteilungsorgan der Schwyzer Erziehungsbehörden und geht in einer Auflage von 4300 Exemplaren an Lehrer, Schulen, Erzieher, Behörden, Gemeinden und Politiker. Inhaltlich ist «schule + bildung» hervorragend gemacht und sehr informativ. Es orientiert über neue Entwicklungen in Schule und Pädagogik, über die Schulzene Schwyz, über Aktualitäten aus dem Erziehungsdepartement und über Schulprojekte, über Kultur und Bücher, über Schuldienste, Personalles und noch vieles mehr.

In «schule + bildung» ist zwecks Finanzierung des Drucks und als Information vom Bildungsmarkt auch Werbung enthalten. Bisher für Computer, für das Sorgentelefon, für Schulbedarf und Bastelmaterial, Skilager, Buchhandlungen oder Kurse für



Der Kanton Schwyz hat offenbar seine Dienstleistungen erweitert: Das Personal kann Dampfbügeleisen mit Rabatt bestellen, mit dem offiziellen Segen des Erziehungsdepartements.

Konfliktbewältigung. Alles sehr schul-spezifische Artikel und Angebote also. Umso mehr staunten die Abonnenten, dass nun plötzlich das Erziehungsdepartement auch als Versandhändler im Stile des Jelmoli-Katalogs auftritt. Dem neusten Schulblatt lag ein 32 Seiten starker Warenkatalog des «Personalshops» aus Basel bei, der vom Schlafsack bis zu den Wanderschuhen und vom Kochtopf bis zum Staubsauger so ziemlich alles zu bieten hat. Sogar antibakterielle Socken und Herren-Slips fehlten nicht. Dabei wurden den Abonnenten von «schule + bildung» mit einem Vorzugsbestellschein Rabatte bis zu 66 Prozent offeriert. Alles schön unter dem Vermerk «Schulblatt Kanton Schwyz».

Beim Personalshop handelt es sich um den Versandhandel, den das Bürgerspital Basel betreibt. Es erzielt aus Verkäufen gemäss Erfolgsrechnung 2002 einen Ertrag von rund 13 Mio Franken. Der Gewinn fliesst offenbar in die allgemeine Rechnung der Spitalbetriebe, die der Bürgergemeinde Basel gehören. Die Schwyzer Lehrer sind dabei nicht die einzigen Kunden, welche vom «Personalshop» angegangen werden. Die Versandhandelsfirma gibt auch die Post, Novartis, die SBB und verschiedene Gewerkschaften als Kunden an und führt bei deren Personal Verkaufaktionen durch.

Zuständig für das Schwyzer Schulblatt ist das Erziehungsdepartement. Gestern waren wegen einer Tagung die zuständigen Personen nicht erreichbar.

Heftige Diskussion um Einbürgerungen

Podiumsdiskussion der Jungparteien des Kantons Schwyz an der KKS

Was den Beitritt der Schweiz zur EU angeht, da sind sich die neun Nationalratskandidaten der Jungparteien einig – nein. Für die Einbürgerungspraxis sehen die JSVP und JCVP klar die Urnenabstimmung, die JUSO hält am Bundesgerichtsentscheid fest.

• VON FLORIAN BETSCHART

Gestern Abend lieferten sich die neun Nationalratskandidaten der Jungparteien des Kantons Schwyz ei-

ne Podiumsdiskussion zu den aktuellen Polit-Themen. Gesprächsleiter Alfons Spirig sprach von einem grossen Publikum, welches mehrheitlich aus Jugendlichen bestand. Die Gesprächsrunde in der Kantonschule Kollegium Schwyz (KKS) setzte sich aus Christian Bruhin, Fabian Eigensatz (beide JCVP), Bernhard Diethelm, Donat Schwyter, Xaver Schuler, Toni Steiner (alle JSVP), Martin Deterbeck und Patrik Nauer (beide JUSO) zusammen. Ganz im Stil der «Grossen» argumentierten und votierten die Kandidaten zu den Themen. Es erstaunte nicht, dass die JUSO ganz klar für eine Legalisierung des Cannabis-Konsums einsteht. Die-

se würde der Kriminalität Abhilfe schaffen, so Patrik Nauer. Die JSVP mit einem sehr emotionalen Xaver Schuler setzte sofort dagegen und beschrieb den Joint als Einstiegsdroge, welche niemals gesetzlich geduldet werden dürfe. Hanf habe auch noch andere Verwendungen, sprach sich Christian Bruhin für dessen Legalisierung aus.

Punkto Einbürgerungspraxis setzte es heftige Gefechte ab. Die JUSO mit Christian Deterbeck votierte ganz klar gegen die Urne und für die zurzeit geltende Regelung mit Abstammung an der Gemeindeversammlung. Sie sprach sogar von einem «Kriterienkatalog», welcher durch das Volk verab-

schiedet wird und einer Kommission die Einbürgerungskompetenz einräumt. Natürlich grub die JSVP sofort das Kriegsbeil aus: «Wir sind für die Urnenabstimmung, auch aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes. Jeder Bürger hat seinen eigenen Kriterienkatalog und soll dieses Recht ausüben können.» Die JCVP argumentierte auch für eine Urnenabstimmung und mahnte vor Vorurteilen gegenüber Ausländern. Erstaunlicherweise sprachen sich sämtliche Nationalratskandidaten gegen einen EU-Beitritt aus. Zu einer zweiten Gotthard-Röhre sagt nur die JSVP Ja. Die beiden anderen Parteien befürworten eine Verlagerung des Verkehrs auf die Schiene.

Kandidatinnen fast gleicher Meinung

Verein «frauennetz kanton schwyz» lud die Schwyzer Anwärtinnen zum Podium

Ein vierter Sitz in Bern ist eine Chance für die Frauen im Kanton Schwyz. Vier Kandidatinnen stehen am 19. Oktober zur Wahl in den Nationalrat zur Verfügung. An einem überparteilichen Podium wurde ihnen zu «Frauenthemen» auf den Zahn gefühlt. Ergebnis: Es herrschte fast überall Einigkeit.

• VON CHRISTIAN MANZONI

Vier Kandidatinnen, zwei Meinungen. Gravierende Unterschiede in den einzelnen Voten der zur Wahl antretenden Kandidatinnen waren im Kantonsratssaal selten zu hören.

Nationalrätin Maya Lalive d'Epiny (FDP), Bäch, Bezirksrätin Josy Gyr (SP), Einsiedeln, Arlette Flück (CVP), Freienbach, und Theres Fuchs-Bellmont (SVP), Unteriberg. Die Regierungsparteien schicken im Kanton Schwyz vier Kandidatinnen ins Rennen um einen Sitz im Nationalrat. Grund genug für den Verein «frauennetz kanton schwyz», die vier Kandidatinnen zu einer Fragerunde aufs Podium zu bitten. Der Verein wollte bewusst die Wahlkampfthemen in den Hintergrund

rücken, dafür frauenspezifische Themen ausgeleuchtet haben. Unterschiedliche Ansichten vertrat im Wesentlichen SVP-Kandidatin Theres Fuchs. Sie setzt auf die traditionelle Familie (Mann, Frau und Kinder) und forderte Entlastung. Grössere finanzielle Unterstützung für andere Zusammenlebensformen seien zu kürzen. Auch vom Thema Mutterschaftsurlaub und einer möglichen Erweiterung des Bereichs in eine Mutterschaftsversicherung wollte Fuchs nichts wissen. «Man kann den jungen Leuten nicht noch mehr Geld zur Tasche rausziehen.»

Politische Erfahrung zählte sich aus

Mit Nationalrätin Maya Lalive d'Epiny, Bezirksrätin Josy Gyr und der studierten Politikwissenschaftlerin Arlette Flück setzte sich im Kantonsratssaal relativ klar der Rucksack des Wissens und der Erfahrung durch. Lalive beschwichtigte aufkommende Ängste einer Finanzierungslücke des Mutterschaftsurlaubs durch die Eidgenossenschaft. «Nicht der Staat, sondern die arbeitenden Frauen bezahlen ihren verdienten Mutterschafts-

urlaub in Form von Abgaben in die Erwerbsersatzordnung (EO), analog der Regelung bei den Männern, die sich so ihre Beiträge während des Militärdienstes sichern.» Arlette Flück geht gar einen Schritt weiter. «Ich sehe das in einem grösseren Zusammenhang. Es geht hier um die gesamte Familienpolitik. Der Mutterschaftsurlaub war ein erster wichtiger Schritt. Nun müssen wir aber etwas weiter gehen und auch die werdenden Mütter absichern, welche nicht berufstätig sind und ergo sich keine solchen EO-Beiträge leisten können.» Gleich die Äusserungen von Josy Gyr.

Im Grunde genommen, ziehen die Schwyzer Nationalratskandidatinnen bei den frauenspezifischen Themen am gleichen Strick. Die Familie ist das höchste Gut der Gesellschaft. Es geht schliesslich um Menschen und nicht um Zahlen. Strittige Voten und unterschiedliche Ansichten bestehen bei den Kandidatinnen bei der familienexternen Kinderbetreuung. Während Lalive, Gyr und Flück durchaus für eine frühere Einschulung der Kinder einstehen und sich auch für Blockzeiten an den Schulen aussprechen, möchte Theres Fuchs die Kinder möglichst lange Kinder sein lassen und das Schulsystem belassen, wie es ist.



Die Schwyzer Nationalratskandidatinnen (von links): Theres Fuchs (SVP), Arlette Flück (CVP), Nationalrätin Maya Lalive d'Epiny (FDP) und Josy Gyr (SP).